

1. **Auftraggeber:** Name: Deutscher Bundestag,- Verwaltung -
Referat ZT 6, Vergaben
Straße: Platz der Republik 1
Ort: Berlin
PLZ: 11011
Telefon: +49 30-227-33234
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de
Fax: +49 30-227-30374
- Bearbeitungsnummer:** ZT6-1133-2014-383-14-IO2
(bitte stets angeben)
2. a) **Verfahrensart:** Öffentliche Ausschreibung
- b) **Vertragsart:** Lieferauftrag
3. a) **Art und Umfang der Leistung:** Produktion barrierefreier, mehrsprachiger DVDs
5 Master-DVDs
- b) **CPV - Nr:**
- c) **Unterteilung in Lose:** nein
(Neben Einzellosen können auch mehrere oder alle Lose angeboten werden)
- d) **Lieferort:** Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1
11011 Berlin
- e) **Lieferfrist:** Beginn: ..
Ende: ..
- Bemerkung zur Lieferfrist: Nach Zuschlag innerhalb der in der Leistungsbeschreibung mit Preisangaben angegebenen Verfahrensschritten.
4. a) **Anforderung der Unterlagen:** siehe Auftraggeber
- b) **Frist:** 12.01.2015 00:00:00
- c) **Schutzgebühr:** Nein
- Empfänger
- IBAN
- BIC-Code
- Geldinstitut
- Verwendungszweck
5. a) **Angebotsfrist:** 12.01.2015 12:00:00Uhr
- b) **Anschrift:** siehe Auftraggeber
- c) **Sprache:** Deutsch (gilt auch für Rückfragen und Schriftverkehr)
6. **Kautionen und Sicherheiten:** Keine
7. **Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen:**

Leistungsbeschreibung und Besondere Vertragsbedingungen, Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

8. **Rechtsform, die die Bietergemeinschaft bei der Auftragserteilung annehmen muss:** gesamtschuldnerisch haftend

9. **Mindestbedingungen**(Unterlagen zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers):

- a) k. A.
- b) k. A.
- c) k. A.

- Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/ in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1.1 des Angebotsvordrucks). - Erklärung über die Anmeldung in einer Berufsgenossenschaft (Punkt 3.1.2 des Angebotsvordrucks). - Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern gilt dies auch für den/die Unterauftragnehmer. - Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS" (Punkt 2 des Angebotsvordrucks). - Angabe von drei aussagekräftigen Referenzen über vergleichbare Leistungen in den letzten drei Jahren, davon mindestens eine Referenz vergleichbar hinsichtlich des sensiblen Umgangs mit Themen wie z. B. Nationalsozialismus. Sie werden anhand der Kontaktdaten überprüft. Bei Angabe von mehr als drei Referenzen werden nur die ersten drei Referenzen berücksichtigt. Referenzen von mit dem Bieter verbundenen Unternehmen werden nicht akzeptiert (Punkt 3.6 des Angebotsvordrucks). - Muster-DVD mit barrierefreien und fremdsprachigen Filmbeiträgen. - Einen vorläufigen Produktionsplan, der sich an den Fristen der Leistungsbeschreibung mit Preisangaben orientiert. - Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden. - Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.

10. **Zuschlagsfrist/Bindefrist:** 27.02.2015

Falls bis zum Ablauf dieser Frist kein Auftrag erteilt ist, können die Bieter davon ausgehen, dass ihr Angebot nicht berücksichtigt wurde.

11. **Zuschlagskriterien:** Preis

12. **Nebenangebote/ Änderungsvorschläge:** nicht zugelassen

13. **Sonstige Angaben:** Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 05.01.2015 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.